



Protokollauszug zum MOBILITÄTS- UND UMWELTAUSSCHUSS

am Donnerstag, 18.01.2024, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 **Sachstands- und Tätigkeitsbericht des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung - mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

BM **Manni** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung informiert er aus aktuellem Anlass über die Auszeichnung des Eigenbetriebes Stadtentwässerung für seine niedrigen Abwassergebühren und zeigt die hierfür erhaltene Urkunde von Haus und Grund. Nachdem es zur Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt, ruft er Tagesordnungspunkt 1 auf.

Der **Leiter** und der **stellvertretende Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung stellen ihr Team vor und berichten anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Handel** dankt für die geleistete Arbeit. Diese sei wichtig, um das geordnete Leben zu regeln. Der Ausbau der Kriminalprävention sei sinnvoll. Weiter regt er zur Verkehrsüberwachung an, dass mobile Anlagen vermehrt aufgestellt werden, um schnelles Fahren zu regeln. Durch die Digitalisierung könne mit der Protokollierung vor Ort eine Erleichterung erreicht werden. Er fragt, ob die Mitarbeitenden innerhalb des Fachbereiches auch in andere Bereiche eingesetzt werden können, sofern dort Mehraufgaben anfallen. Zudem interessiert ihn, ob absenkbare Poller bei Vereinsfesten sinnvoll seien. Für die Vereine solle ein Leitfaden zu Vereinsfesten herausgegeben werden. Er weist auf illegale Müllablagerungen am Kreisverkehr Pattonville hin. Die Fahrradbeleuchtungsaktion am Forum habe positive Nachwirkungen gehabt, lobt er.

Die Aufgaben seien teilweise unangenehm, meint Stadtrat **Klotz**. Es sei wichtig, die offenen Stellen zu besetzen. Hinsichtlich der Auflagen für Vereinsfeste regt er eine Vereinfachung an, insbesondere bei sich wiederholenden Veranstaltungen. Hier könne er sich auch die Möglichkeit eines Dauerantrages vorstellen, solange die Vorschriften unverändert seien. Auch eine Checkliste wäre hilfreich. Die Vereine äußern sich häufig kritisch.

Stadtrat **Zeltwanger** fragt nach der Zielsetzung, ob Finanzierung, Stadtleben oder Erziehungsmaßnahmen. Weiter wundert er sich über die Einnahmen in Höhe von 775.000 Euro aus der Obdachlosenunterbringung und hinterfragt den Umgang mit diesem sozialen Bereich. Zur Digitalisierung fragt er nach möglichen Einsparpotentialen in der Praxis. Der digitale Antrag dürfe

nicht aufgebläht werden. Durch die Zunahme der Vorschriften komme es vermehrt zu Vorfällen, hier solle der Fokus auf den kritischen Bereich gelegt werden. Dieser liege lediglich bei einem Prozent aller Fälle.

TOP 1 Sachstands- und Tätigkeitsbericht des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung - mündlicher Bericht

Der Fachbereich betreue vielschichtige Aufgaben und stoße häufig auf Widerstand in der Bevölkerung, sagt Stadträtin **Liepins** hochachtungsvoll vor dieser Arbeit. Deshalb sei die Motivation der Mitarbeitenden von großer Bedeutung. Für die Vereinsfeste regt sie eine Vereinfachung hinsichtlich der Auflagen und einen zentralen Ansprechpartner bei der Verwaltung an. Von den Vereinen komme häufig Kritik bei ihr an.

Stadträtin **Knecht** fragt, ob im fließenden Verkehr auch das Verhalten der Radfahrenden kontrolliert werde und ob es dazu statistische Erhebungen gebe. Zudem will sie wissen, ob für Veranstaltungen eine digitale Beantragung und Genehmigung möglich sei und ob es für die Digitalisierung ein landesweit einheitliches Programm gebe. Sie fragt nach den Erfahrungswerten mit der Sondernutzungssatzung. Man wolle eine Vereinfachung für alle Akteure der Innenstadt und ein unbürokratisches Vorgehen. Außerdem sei die Schädlingsbekämpfung, unter anderem von Tauben und Ratten, wichtig.

Die Vielfalt der Aufgaben sei groß, meint Stadtrat **Müller**. Er fragt, ob die IT-Programme einer landeseinheitlichen Regelung unterliegen und ob für den Personalmangel auch der Wechsel in Umlandkommunen verantwortlich sei. Zudem fragt er, ob eine Spezialisierung der Aufgaben auch eine höhere Attraktivität für die Stellen bringe. Zudem interessiert ihn, welche Maßnahmen für psychisch Kranke in Obdachlosenunterkünften ergriffen werden. Außerdem fragt er nach der Anzahl der Waffenbesitzer in Ludwigsburg. Des Weiteren wünscht er mehr Information zum Ablauf der Schulhofkontrollen.

Stadtrat **Herrmann** wünscht künftig zum Vergleich die Angabe der Vorjahreszahlen. Er fragt, wo die statistischen Zahlen abrufbar seien.

Stadträtin **Dr. Knoß** regt an, das illegale Parken in der Myliusstraße zur Mittagszeit zu kontrollieren. Hierdurch werde der ÖPNV aufgehalten.

Ein gutes Zusammenleben sei elementar wichtig. Man habe eine gute Kultur und Solidarität in der Stadt. Dennoch müssen Regeln eingehalten werden, so der **Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung. Hierzu seien Kontrollen und eine Präsenz notwendig. Er geht auf die Geschwindigkeitskontrollen ein. Der Trailer sei sehr effektiv und kurzfristig einsetzbar, hierzu sei jedoch ein Parkplatz an der Straße notwendig, ansonsten gebe es mobile Kontrollen. Mobile oder versenkbare Poller, wie auch weitere Sicherheitsvorkehrungen, seien eine Kostenfrage. Die Vereine erhalten für ihre Festivitäten eine gute Unterstützung, auch in persönlichen Gesprächen. Dieses Angebot gehe an jeden Veranstalter. Es werden immer passende, optimale und effektive Lösungen gesucht. Die Kommunikation untereinander sei wichtig. Man müsse für maximale Sicherheit sorgen und dies werde auch an die Veranstalter weitergegeben. Bisher gebe es keine Dauergenehmigungen. Durch die Digitalisierung erhoffe man sich eine Vereinfachung. Beim Bußgeldverfahren sei mittlerweile eine Online- Anhörung möglich. Die Registratur und das Archiv

werden digitalisiert. Weiter geht er auf die Obdachlosengebühren ein. Die tatsächlich anfallenden Kosten werden über die Kostenkalkulation mit den Transferleistern abgerechnet oder auf die Nutzer umgelegt. Man erreiche keinen Gewinn. Die Rattenproblematik sei in der Polizeiverordnung geregelt und grundsätzlich sei der Eigentümer zuständig. In die Müllproblematik könne durch Ordnung und Sicherheit vorher eingegriffen werden, um einen Befall zu vermeiden. Die Anzahl der psychisch Kranken habe sich während Corona verschärft. Problematisch seien Personen, die sich nicht helfen lassen. Die Freiwilligkeit sei Voraussetzung, ausgenommen Eigen- und Fremdgefährdung. Die Anzahl der Waffenbesitzer werde nachgeliefert. Mitarbeitende werden dringend gesucht, aktuell seien 13,5 Stellen nicht besetzt. Auf ihren Einsatz in Uniform werden die Interessierten umfassend vorbereitet.

TOP 1 **Sachstands- und Tätigkeitsbericht des
Fachbereichs Sicherheit und Ordnung
- mündlicher Bericht**

Mit den Veranstaltern gebe es nicht nur Gespräche davor, sondern auch Nachgespräche, merkt BM **Manni** an. Durch häufigen Personalwechsel war die Kommunikationsidee eines zentralen Ansprechpartners unterbrochen, hier versuche man eine Kontinuität zu erreichen. Die Schulhöfe und Spielplätze werden präventiv in den Abendstunden kontrolliert. Weiter geht er auf die Digitalisierung ein. Der Ordnungswidrigkeiten- Prozess lasse sich bis zur Erstellung des Bußgeldbeschied gut digitalisieren. Vor Ort könne man über mobile Geräte alle Informationen aufnehmen. Hierzu gebe es eine deutschlandweite Standardsoftware, man habe keine Ludwigsburger Einzellösung. Er schließt diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 2 **Baumaßnahmen 2024
- mündlicher Bericht**

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereiches Sicherheit und Ordnung berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt. Die Grobplanung werde jährlich frühzeitig mit den Stadtwerken, der Stadtentwässerung, der Polizei und LVL abgesprochen.

BM **Manni** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Zeltwanger** geht auf die Baumaßnahme am Schillerplatz ein und fragt, was dort gemacht werde und welche Auswirkungen dies für die Mobilität habe. Der ÖPNV müsse Vorrang haben und dürfe maximal für 1 Minute beeinträchtigt sein. Er wünscht künftig Angaben zur Passierbarkeit der Straßen während der Maßnahmen.

Stadträtin **Liepins** sieht am Schillerplatz ebenso ein logistisches Problem für die Busse. Sie fragt, ob ein Abgleich mit den Stadtbahnplanungen bezüglich der Verlegung der Fernwärmeleitungen erfolge. Zur Baumaßnahme an der Richard-Wagner-Straße wünscht sie bezüglich der Einbahnstraßenregelung und U-Turn noch eine öffentliche Information. Die Vorstellung sei bisher nur nichtöffentlich gewesen. Sie erwartet Widerstand bei den Anliegern.

Stadträtin **Knecht** merkt an, dass die Stuttgarter Straße stadtauswärts starke Spurrillen aufweise. Sie kritisiert die lange Einspurigkeit an der Hofer- und Pflugfelderstraße von einem Dreivierteljahr.

Stadtrat **Müller** merkt an, dass es aufgrund der vorgestellten Belagssanierungen durch den Fachbereich Tiefbau und Grünflächen noch mehr Baustellen im Stadtgebiet gebe. Der Kosten- und Nutzenfaktor solle auch hinsichtlich der Zuschüsse berücksichtigt werden.

Durch die einspurig befahrbare Elmar-Doch-Brücke werde bei der Baumaßnahme Richard-Wagner-Straße erheblicher Stau befürchtet und eine andere Lösung werde gewünscht, so Stadtrat **Klotz**.

Stadträtin **Dr. Knoß** regt eine Leitungserneuerung im Zuge der Realisierung der Stadtbahn an, da dadurch gegebenenfalls Zuschüsse generiert werden können.

TOP 2 **Baumaßnahmen 2024**
- mündlicher Bericht

Der grobe Trassenverlauf der Stadtbahn sei bekannt und werde berücksichtigt, so ein **Vertreter** der Stadtwerke. Dennoch müssen definitiv Leitungen wegen der Stadtbahn verlegt werden, die genauen Vorgaben fehlen noch. Die Maßnahme am Schillerplatz werde abschnittsweise erfolgen. Der ÖPNV könne fahren.

Die Maßnahme der SWLB „Querung der Stromtrasse über die B 27“ sollte zusammen mit der Brückensanierungs- und Fahrbahndeckensanierungs-Maßnahme auf der B 27 des RPS erfolgen. Nachdem dies vom RPS aber zurückgestellt worden sei, werde die SWLB-Maßnahme in 2024 durchgeführt, merkt ein **Mitarbeiter** des Fachbereiches Nachhaltige Mobilität an.

Bei großen und zeitlich langen Maßnahmen, wie ZOB- Umbau, erfolge eine Busfahrplananpassung, fügt BM **Manni** hinzu. Über die vorgestellten Maßnahmen hinaus gebe es noch weitere Baustellen. Die heute vorgestellten Maßnahmen haben eine Relevanz für die verkehrlichen Auswirkungen. Eine Detailplanung gebe es aktuell noch nicht, grundsätzlich müsse der Verkehr jedoch fließen. Die Ausarbeitung erfolge durch den Bauvorhabensträger. Das Konzept werde mit der LVL abgestimmt und durch die Verwaltung genehmigt. Die Maßnahme in der Schillerstraße betreffe hauptsächlich die Hausanschlüsse. Zur Richard-Wagner-Straße habe es eine Anliegerversammlung vor Ort gegeben, die Hinweise werden derzeit eingearbeitet. Danach werde die Planung im Gremium vorgestellt. Im Zuge der Stadtbahn werde auch das Leitungsthema diskutiert.

BM **Manni** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.